

ENGAGEMENT

1. Die Frage nach der Bedeutung des Begriffs „Engagement“ im Kontext kritischer Diskursintervention impliziert die Kritik des Engagementbegriffs in gegenwärtigen Diskursen. „Hochwertbegriffe“ (Bollenbeck) wie „Engagement“, „Partizipation“ und mitunter – etwas altbackener – „Ehrenamt“ werden heute zumeist unter ‚neoliberalen‘ Vorzeichen gebraucht. Es ist leicht, in vielen Sonntagsreden zum Lob von Ehrenamt, Bürgerengagement und Selbsttätigkeit schnöde Sparinteressen aufzuspüren. Wo etwa im Rahmen von pädagogischen Projekten mit wohlklingenden Namen wie „Engagement lernen“ oder „Service learning“ – Kinder und Jugendliche Spielplätze renovieren, kann der kommunale Haushalt sparen (Wohnig 2017), wo Rentner, die nicht zum alten Eisen zählen wollen, die ganz alten mit Selbstgekochem beliefern, können die Zuschüsse für „Essen auf Rädern“ gestrichen werden, wo Bildungspaten Migrantenkinder ehrenamtlich Nachhilfe geben, braucht es weniger Deutschkurse usw.

2. Was macht und wann wird soziales Engagement *politisch*? Um eine übliche politikwissenschaftliche Wendung zu bemühen, geht es im politischen Kontext stets um „allgemeine Verbindlichkeit“; oder anders formuliert: Politik (durchaus nicht nur im engen Sinn politischer Institutionen) beginnt dort, wo bindende Normen implementiert oder aufgesprengt werden sollen, kurz: Wo (allen) anderen etwas vorgeschrieben werden soll oder Menschengruppen in Opposition zu (bestehenden oder geplanten) allgemeinverbindlichen Vorschriften stehen. Auf eine einfache Formel heruntergebrochen erscheint als politisches Engagement somit solches, das entweder darauf zielt, allgemeine Verbindlichkeit zu schaffen, gegen solche allgemeinverbindlichen Normen protestiert oder ihnen Widerstand entgegensetzt.

3. Bedeutet politische Partizipation – in einer begründbar engen Begriffsverwendung – *Beteiligung* an normierten Prozessen, dann schließt die Rede von politischem Engagement auch Praxen aktiver Verweigerung des Mittuns ein, sofern sie private Nischen verlassen und konfliktbereit die *öffentliche* Bühne betreten. Denn anders als

bloß soziales Engagement, das auch im mehr oder minder Privaten gedeihen kann, zielt politisches Engagement stets auf *Öffentlichkeit* und begibt sich in öffentlichen Konflikt¹.

4. Diese Unterscheidungen zeigen zugleich, dass die Grenzen zwischen sozialem und politischem Engagement fließend sind; oder anders formuliert: Soziales Engagement hat sehr oft eine politische Funktion – etwa im Sinne der oben beschriebenen „Entlastung“ öffentlicher Haushalte. Erst wenn soziales Engagement durch implizite oder explizite Forderungen nach allgemeinverbindlichen Normen im öffentlichen Raum Anstoß erregt, wird es zum Politikum. Sobald die Akteure des Engagements sich dieses Umstands *bewusst* werden und in ein *reflexives* und zugleich *aktives* Verhältnis hierzu treten, wird ihr Engagement selbst politisch. An einem konkreten Beispiel erläutert: Es ist PEGIDA, AfD und CSU gelungen, die „Willkommenskultur“ zum Politikum werden zu lassen. Zum politischen Engagement wird sie jedoch nur dort, wo sich ihre Akteure aktiv zu dieser Rolle verhalten, indem sie etwa gegen Asylrechtsverschärfungen opponieren oder gar dazu übergehen, die gesellschafts- und sozialpolitische Entlastungsfunktion zugunsten administrativer Instanzen als Missbrauch ihrer Hilfsbereitschaft zu skandalisieren.

5. Der Begriff des Engagements im hier skizzierten Sinn hat eine lange Geschichte, die untrennbar mit dem Begriff des/der Intellektuellen verbunden ist. Zu verweisen wäre in diesem Kontext nicht nur auf Sartres Konzept einer „engagierten Literatur“ (Sartre 1950), sondern überhaupt auf eine Form des Engagements, das künstlerische und wissenschaftliche Praxis selbst als eine *engagierte*, also intervenierende, im öffentlichen Konflikt stehende Tätigkeit begreift und entweder die im ‚eigenen‘ Bereich (der Literatur, der Wissenschaft) erworbenen Fähigkeiten (und Meriten) dazu nutzt, eine bereits bestehende öffentliche Aufmerksamkeit zu nutzen, um sich in allgemeine Belange einzumischen (Zola) oder innerhalb der eigenen (fachlichen) Diskurswelt die Geltungsgrenzen von Begriffen, Konzepten und Handlungsaufforderungen kenntlich zu machen. Diskursintervention im diesem zweiten Sinn besteht in der öffentlichen Selbstkritik von Wissenschaften und Künsten. In spezifischer Weise lässt sich etwa Burawoys Konzept einer „öffentlichen Soziologie“ als Verbindung beider Varianten intellektuellen Engagements verstehen (Burawoy 2015).

¹ Verwiesen sei in diesem Zusammenhang abermals auf die Arbeiten Alexander Wohnigs, der solche Bezüge im Hinblick auf politische Bildung scharf herausstellt (Wohnig 2014; Wohnig 2017.)

6. Ein grundsätzliches Problem für intellektuelle Diskursinterventionen besteht im neuesten „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1993). Neben die klassische Problematik von kommerzialisierter Meinungsmacht tritt zunehmend – und nicht nur im Bereich von *social media* die Parzellierung unterschiedlicher Öffentlichkeiten. Die gleichermaßen vermachtete wie parzellierte Öffentlichkeitsstruktur institutionalisiert einerseits repressive Toleranz, wird andererseits jedoch permanent von Skandalisierungen und Moralisierungen begleitet. Diese Konstellation lässt sich mit einigem Recht als eine „Postdemokratisierung der Öffentlichkeit“ (Ritzi 2014) bezeichnen. Gerade intellektuelles Engagement droht so in Formen einer „simulativen Demokratie“ (Blühdorn 2011). Diskursintervention muss daher stets von Kämpfen um die Struktur der Öffentlichkeit selbst begleitet sein. Dies schließt eine Debatte um Eigentumsverhältnisse und Gesellschafterformen medialer, künstlerischer und wissenschaftlicher Apparate ein.

LITERATURVERZEICHNIS

Blühdorn, Ingolfur (2011): *Simulative Demokratie. Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2634).

Burawoy, Michael (2015): *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*. 1. Aufl. Hg. v. Brigitte Aulenbacher und Klaus Dörre. Weinheim, Bergstr: Beltz (Arbeitsgesellschaft im Wandel).

Habermas, Jürgen (1993): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft ; mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 891).

Ritzi, Claudia (2014): *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie - theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*. Wiesbaden: Imprint: Springer VS.

Sartre, Jean-Paul (1950): *Was ist Literatur?*. Hamburg: Rowohlt.

Wohnig, Alexander (2014): *Beteiligung fordern und fördern? Engagement-Lernen in politik, Gesellschaft und politischer Bildung*. In: Andreas Eis und David Salomon (Hg.): *Gesellschaftliche Umbrüche gestalten. Transformationen in der Politischen Bildung*. 1. Aufl. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag (Wochenschau Wissenschaft), S. 213–230.

Wohnig, Alexander (2017): Zum Verhältnis von sozialem und politischem Lernen. Eine Analyse von Praxisbeispielen politischer Bildung. 1. Aufl. 2017. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.